

(Abgeordneter Brodau.)

(A) scheint uns das doch zunächst bedenklich. Wir warten weitere Beratungen in der Gesetzgebungsdeputation ab, ehe wir uns hier entschließen können.

Dem Herrn Vorredner muß ich darin recht geben, daß er zu Position 9 a 1 bemängelt, daß nicht für die Pferde eine Altersgrenze festgelegt wird, wie es bei den Rindern der Fall ist. Wenn Rinder im Alter von noch nicht zwei Jahren als kleinere Haustiere angesehen werden, für die der geringere Satz zu berechnen ist, so muß auch bei Pferden wohl eine entsprechende Grenze festgelegt werden.

Keinesfalls einverstanden können wir mit Abs. 2 der Verordnung sein, daß das Ministerium des Innern ermächtigt sein soll, einzelne Gebührensätze dieser Ordnung einseitig abzuändern oder zu ergänzen, nur, soweit erforderlich, im Vernehmen mit dem Justizministerium. Da kann ja dann mit der Zeit die ganze Gebührentaxe eine vollkommen andere Gestalt bekommen.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Jeder einzelne Punkt kann nach und nach abgeändert werden, und der Landtag hat absolut keinen Einfluß darauf. Diese Ausschaltung des Landtages, mit der anscheinend die Herren Vorredner Gleisberg und Born einverstanden waren, können wir allerdings nicht mitmachen. Wenn wir damit einverstanden sind, daß das Dekret der Gesetzgebungsdeputation zur Vorberatung überwiesen wird, so erwarten wir, daß das Dekret ohne diesen Abs. 2 aus der Gesetzgebungsdeputation herauskommt oder doch mit einer Abänderung des Abs. 2 dahin, daß Abänderungen, die das Ministerium des Innern vornimmt, dem Landtag hinterher zur Genehmigung vorzulegen sind.

(Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort wird nicht weiter begehrt. Die Debatte ist geschlossen.

Will die Kammer beschließen, das Dekret Nr. 20 der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen? Einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 2: **Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Dr. Böhme und Genossen, den weiteren Ausbau der auswärtigen Vertretungen Sachsens betreffend. (Drucksache Nr. 96.)**

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Antragsteller Herrn Abgeordneten Dr. Böhme das Wort.

Abgeordneter Dr. Böhme: Meine Herren! Zu dem Ihnen vorliegenden Antrage sind meine politischen

Freunde angeregt worden durch gewisse Vorgänge, (C) die sich gegen Ende des vorigen Jahres in Bayern abspielten. Wir erfahren aus den Tageszeitungen, daß Bayern sich anschickte, seine Auslandsvertretung besser auszubauen. Eine nähere Beschäftigung mit den Vorgängen in Bayern hat gezeigt, wie weit uns Bayern auf diesem Gebiete schon voraus ist; das ergibt sich, wenn man die beiderseitige Bevölkerungsziffer ins Auge faßt und wenn man die wirtschaftliche Bedeutung Bayerns uns gegenüber betrachtet. Meine Herren! Bayern hatte bisher an Auslandsvertretungen folgende: eine Gesandtschaft in Berlin, eine Gesandtschaft in Dresden, in Stuttgart, in Wien, in Petersburg, zwei in Rom, und zwar eine rein politische gegenüber dem italienischen Staat und eine am päpstlichen Stuhl, und ferner je einen Ministerresidenten in Bern und Paris. Es ist in Bayern genau wie bei uns wiederholt in den Beratungen der Zweiten Kammer gegen die Auslandsvertretungen angekämpft worden. Man hat der Meinung Raum gegeben, daß in der heutigen Zeit derartige Vertretungen, nachdem das große Deutsche Reich die Auslandsvertretung übernommen hat, nicht mehr am Platze seien. In dieser Auffassung, die dort wie hier namentlich von der linken Seite des Hauses vertreten wird, hat sich in der letzten Zeit in Bayern eine durchgreifende Wandlung vollzogen. Es wird Sie interessieren, zu hören, daß gerade von der sozialdemo- (D) kratischen Fraktion der bayrischen Zweiten Kammer am 28. September 1917 ein Antrag eingegangen ist, welcher dahin geht, eine zweckmäßige Vereinfachung und Ausgestaltung der Vertretung Bayerns bei den deutschen Bundesstaaten und im Auslande anzustreben. Es ist ein beachtenswerter Vorgang, daß gerade von der äußersten Linken, dem früheren heftigsten Gegner der Auslandsvertretungen, ein Antrag dieses Inhalts eingegangen ist.

Meine Herren! Die weitere Behandlung der Frage in Bayern hat eine vollkommene Übereinstimmung aller Parteien mit der Regierung ergeben, so daß Bayern gegenwärtig schon am Werke ist, den Ausbau vorzunehmen. Das erste, was geschehen ist, hat sich vor wenigen Wochen abgespielt. Es war die weitere Besetzung der bayrischen Gesandtschaft in Berlin mit zwei Mitgliedern, die die wirtschaftliche Vertretung Bayerns in Berlin besonders zu bearbeiten haben. Sogar die Privatleute der Großindustrie haben sich bereit erklärt, falls der bayrische Staat mit seinen Mitteln nicht einspringen wollte, ihrerseits die Mittel zu gewähren, weil die Großindustrie von der lebhaftesten Überzeugung besetzt ist, daß der weitere wirtschaftliche Ausbau der Auslandsvertretung unbedingt im Interesse der bayrischen Wirtschaft zu fordern sei.